
«Gemeinwohl-Ökonomie»

«Kooperative Marktwirtschaft» jenseits gesellschaftlicher Auseinandersetzungen

CHRISTIAN ZELLER

Die Verschärfung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise in zahlreichen Ländern Europas und die offensichtliche Unfähigkeit der regierenden Politik und des herrschenden Kapitals, einigermaßen glaubwürdige, wirksame und nachhaltige Antworten zu formulieren, macht es dringlich, über gesellschaftliche Alternativen zu debattieren. Im Laufe der vergangenen Jahre fanden verschiedene «Alternativmodelle» wie die «solidarische Ökonomie», die «Postwachstumökonomie» und die «Gemeinwohlökonomie» ein beträchtliches Echo in den Medien, in Alternativmilieus, im Kleingewerbe, bei Organisationen wie Attac und in Kirchengemeinden. Die Diskussionen über Alternativen zum Neoliberalismus, zum Finanzmarktkapitalismus oder gar zum Kapitalismus überhaupt dokumentieren das wachsende Bedürfnis in breiten Teilen der Bevölkerung darüber nachzudenken, wie andere Zustände als die gegenwärtigen wirklich werden können.

Die «Gemeinwohl-Ökonomie» ist eine der besonders wohlwollend begrüßten Varianten einer konkreten und scheinbar machbaren Alternative. Christian Felber ist ihr bekanntester Fürsprecher. Im Stile eines Wanderpredigers reist er durch Österreich und Deutschland. Er ist bei Attac, anderen globalisierungskritischen Initiativen und vermehrt bei wohlgesinnten Unternehmern ein gern gesehener Redner. Christian Felber formulierte in seinen gut lesbaren Büchern eine Fülle von Vorschlägen, wie die Wirtschaft solidarischer, nachhaltiger und schließlich auf das Gemeinwohl hin organisiert werden könne. Sein Buch die «Gemeinwohl-Ökonomie» ist bereits in der zweiten und veränderten Auflage erschienen (Felber 2012a). Selbstbewusst nennt sich Felber auf der Innenseite des Buchumschlages «die prominenteste Stimme der Globalisierungskritik in Österreich, Mitbegründer von Attac».

So inspirierend die Diskussion über Alternativen auch sein mag, so unabdingbar ist die Verständigung über die Merkmale der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Institutionen. Alternativen entstehen nur zu einem geringeren Teil am Schreibtisch und schon gar nicht durch ausgefeilte Modelle in Rezeptbüchern, sondern hauptsächlich durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Kämpfe. Deshalb sind Vorschläge für alternatives Wirtschaften daran zu messen, wie sie gesellschaftliche Widersprüche aufgreifen, an wen sie sich richten und welchen gesellschaftlichen Kräften sie ein Veränderungspotenzial zuschreiben. Entscheidend ist, ob und inwiefern Vorschläge dazu beitragen, dass Ausgebeutete, Unterdrückte, Marginalisierte und Entfremdete beginnen, ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und im Laufe von Kämpfen gemeinsam lernen,

Potenziale erkennen und Perspektiven entwickeln, die die Grenzen der bestehenden Ordnung hinter sich lassen.

Christian Felbers Perspektive der Gemeinwohl-Ökonomie weist gravierende Probleme auf, die sie weder zu einer glaubwürdigen, noch zu einer wirklich solidarischen, sozialen und ökologischen Alternative machen. Im Gegenteil, seine Vorschläge stützen sich auf theoretisch unhaltbare Grundlagen und münden in eine politische Orientierung, die nicht den Lohnabhängigen, die in unterschiedlichen Formen der Prekarität ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, sondern den Unternehmen die Hauptrolle beimisst. Seine Vorschläge beruhen weder auf einer fundierten Analyse, noch bieten sie nützliche Anknüpfungspunkte für die Formulierung radikaler Antworten oder für die Dynamik sozialer Bewegungen. Sie seien in neun Punkten vorgestellt und widerlegt.

1. Die «kapitalistische Marktwirtschaft» basiert auf falschem Glauben

Felber beginnt seine Ausführungen mit der Konstruktion eines Widerspruchs zwischen ethischen Werten des Alltags wie Vertrauensbildung, Kooperation und Teilen und den entgegengesetzten «Leitsternen» der Marktwirtschaft: Egoismus, Konkurrenz, Gier (S. 23). Die anschließende Kritik der kapitalistischen Marktwirtschaft und Argumentation für eine Gemeinwohl-Ökonomie basiert weitgehend auf dieser willkürlichen und unhaltbaren Gegenüberstellung. Weder stützt sich die Marktwirtschaft ausschließlich auf Egoismus, Konkurrenz und Gier, noch sind die menschlichen Werte außerhalb des Marktes primär von Vertrauen, Kooperation und Teilen geprägt. Jede Markttransaktion erfolgt eingebettet in gesellschaftliche Verhältnisse und setzt ein Mindestmaß an Vertrauen zwischen den MarktteilnehmerInnen voraus. Dazu gibt es eine reichhaltige Literatur. Auch die Beziehungen außerhalb des Marktes erfolgen in spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen, die uns zu jeweils mehr oder weniger Vertrauensbildung, Kooperation und Teilen ermuntern (Granovetter 1985; Beckert 2002; Fligstein und Dauter 2007).

Felber argumentiert, die kapitalistische Marktwirtschaft beruhe auf dem Imperativ, einen größtmöglichen Finanzgewinn zu erzielen. Dieser sei in der Hoffnung begründet, «dass sich das Wohl aller aus dem egoistischen Verhalten der Einzelnen ergäbe» (S. 22). Bis heute bilde die 1776 formulierte Annahme von Adam Smith, «dass die Egoisten der Einzelakteure durch Konkurrenz zum größtmöglichen Wohl aller gelenkt würden, den Legitimationskern der kapitalistischen Marktwirtschaft» (S. 23). «Kapitalismus und Marktwirtschaft, die seit 250 Jahren das weltweit dominante Wirtschaftsmodell sind», beruhen auf «diesem Glauben», dass der Markt die effizienteste und beste Methode der Zuteilung von Ressourcen seien (S. 28). Auch «der Gesetzgeber» orientiere sich an diesem «falschen Leitstern» und fördere «damit Werte, unter denen wir alle leiden» (S. 22). Felber stellt das, was er kapitalistische Marktwirtschaft nennt, letztlich als Ergebnis von falschem Glauben und gewissermaßen von Manipulation dar.

Das ist eine völlige Verkennung der historischen Prozesse, die der kapitalistischen Produktionsweise zum Durchbruch verholfen haben, wie auch der gesellschaftlichen Prozesse, die es möglich machen, dass sich diese Produktionsweise immer wieder reproduziert und gewissermaßen neu erfindet. Die kapitalistische Produktionsweise ist nicht einfach nur eine Marktwirtschaft, die mehr oder wenig geschmeidig funktioniert, mit Märk-

ten, die mehr oder weniger effizient «knappe Ressourcen» zuweisen. Kapitalistische Marktwirtschaft existiert nicht, weil sie auf bestimmten Werten beruht, sondern weil sie sich als Produktionsweise in einem langen historischen Prozess und im Zuge einer Vielzahl von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchgesetzt hat. Die kapitalistische Produktionsweise ist durch die Macht des Kapitals und den Zwang zur Kapitalakkumulation gekennzeichnet, und sie ist vor allem auch eine Herrschaftsweise mit ihren spezifischen Machtstrukturen und der entsprechenden Rolle des Staates.

Was sind die Fundamente dieser Produktionsweise? Im Rahmen der ursprünglichen Akkumulation konnte sich das Kapitalverhältnis durchsetzen. Es geht nicht mehr wie früher darum, Waren gegen Geld und andere Waren zu tauschen. Es geht auch nicht nur mehr darum, Geld gegen Waren und schließlich mehr Geld zu tauschen. Die Unternehmen kombinieren vielmehr Kapital und Geld, um die im Produktionsprozess angestellten Arbeitskräfte einen Mehrwert erzeugen zu lassen. In diesem Prozess haben sich zwei sich gegenseitig bedingende soziale Klassen herausgebildet: die Kapitaleigner und die Lohnabhängigen. Den Lohnabhängigen bleibt nichts anderes übrig, als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Im Gegensatz zu früheren ausgebeuteten Klassen sind sie frei, aber eben auch frei von Eigentum an Produktionsmitteln.

Ein beträchtlicher Teil des Mehrwerts muss wieder investiert werden. Zöge ein Unternehmen es vor, den Mehrwert zu verprassen, geriete es gegenüber seinen Konkurrenten bald ins Hintertreffen. Diese Akkumulation des Kapitals ist ein absoluter Zwang. Daraus ergibt sich auch ein Zwang zum Wachstum. Weil aber die Akkumulation durch Investitionstätigkeit seit den 1970er Jahren wiederholt ins Stottern geraten ist, breiten sich wieder vermehrt Akkumulationsformen durch Enteignung aus. Dazu zählen neue Einhebungen unterschiedlicher Formen von Gemeineigentum, Privatisierungen und Patente und weitere Prozesse. Im Zuge von Übernahmewellen eignen sich stärkere Unternehmen Vermögensbestände von Konkurrenten an. Diese Prozesse sind nicht Ergebnisse eines verwerflichen Glaubens, schlechter Moral oder falscher Leitsterne der Regierenden, sondern sie ergeben sich aus dem Zwang, einen Mehrwert zu generieren, anzueignen und zu realisieren, so krisenbehaftet diese Prozesse periodisch auch sein mögen (Altvater 2010; Harvey 2010).

Die kapitalistische Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft. Es gibt gesellschaftliche Klassen; solche, die sich das Mehrprodukt oder, spezifischer, den Mehrwert aneignen, und solche, die diesen Mehrwert produzieren. Es gibt also Ausbeuter und Ausgebeutete. Das ist keine moralische Kategorie, sondern eine ökonomisch-gesellschaftliche. Ein Unternehmen, will es Unternehmen bleiben, muss die Ware Arbeitskraft einsetzen und ihr weniger Lohn geben, als sie Wert produziert. Wie sich unterschiedliche Klassen gesellschaftlich, politisch und kulturell formieren und handeln, ist von vielerlei historischen, gesellschaftlichen und geographischen Bedingungen abhängig.

Die kapitalistische Produktionsweise ist die dynamischste Form der Produktion und Reproduktion, die es je gab. Zugleich ist die kapitalistische Produktionsweise mittlerweile in einer Situation, wo sich diese Dynamik in unzähligen Destruktivkräften durchsetzt. Ein zentraler Widerspruch wird immer offensichtlicher: Diese Produktionsweise schränkt die Menschen zunehmend in ihrer Entfaltung, ihrer Kreativität und ihrer

Selbstverwirklichung ein. Diese Destruktivkräfte und die Kanalisierung der Kreativität in warenförmige Ergebnisse machen die Entwicklung von Alternativen so dringlich.

Einige Seiten später, nach seiner unhaltbaren Charakterisierung der kapitalistischen Marktwirtschaft und der angeblich systemischen Zerstörung des Vertrauens, kritisiert Felber: «Solange Marktwirtschaft auf Gewinnstreben und Konkurrenz und der sich daraus ergebenden wechselseitigen Übervorteilung beruht, ist diese weder mit der Menschenwürde noch mit Freiheit vereinbar» (S.27). Damit suggeriert er ohne weitere Erklärung, eine Marktwirtschaft sei auch ohne Konkurrenz und Gewinnzwang möglich. Er erkennt die kapitalistische Marktwirtschaft nicht als eine Produktionsweise und Herrschaftsweise, sondern sieht in ihr eine Marktwirtschaft, die durch falsche Werte gesteuert sei. Weder Kapitalakkumulation noch gesellschaftliche Klassen anerkennt er als relevante Kategorien.

2. Gemeinwohl-Ökonomie entsteht durch Umpolung der Anreize

Felber erklärt, es sei nicht bewiesen, dass Wettbewerb die effizienteste Methode der Zuteilung von Gütern sei (S.27). Da ist ihm zuzustimmen. Doch paradoxerweise schlägt er nun eine Wirtschaftsordnung vor, in der sich weiterhin Unternehmen – obgleich kooperativ und reguliert – gegenüberstehen. Das Instrument der Planung verwirft er ohne Begründung, obgleich jeder große Konzern ausgereifte Planungsmethoden anwendet. Felber entwirft detailliert eine Gemeinwohl-Ökonomie, die er weiter hinten als «kooperative Marktwirtschaft» bezeichnet (S.50). Diese beruhe darauf, dass «auch in den Wirtschaftsbeziehungen die humanen Grundwerte, die das menschliche und gemeinschaftliche Leben gelingen lassen, gefördert und belohnt werden. Dafür müssten wir dem falschen Leitstern – Gewinnstreben und Konkurrenz – den rechtlichen Anreizrahmen «abschnallen» und diesen unserem mehrheitsfähigen Leitstern – Vertrauensbildung, Kooperation, Solidarität, Teilen – umschnallen. Der Anreizrahmen für die *individuellen Wirtschaftsakteure* muss umgepolt werden von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation. Neues Ziel *aller Unternehmen* ist es, einen größtmöglichen Beitrag zum allgemeinen Wohl zu leisten.» (S.35, Hervorhebungen hinzugefügt.) Ganz wie die neoklassischen Ökonomen spricht Felber von Wirtschaftsakteuren ohne jegliche Einbettung in gesellschaftliche Verhältnisse. Die Subjekte der Veränderung seien die *Unternehmen*, die allerdings noch umgepolt werden müssten.

Felber unterscheidet Tauschwerte und Nutzwerte. Erstere würden in Geld gemessen, doch der Mensch könne nur von zweitem leben. Diese Unterscheidung scheint auf den ersten Blick jener von Marx in Tauschwert und Gebrauchswert ähnlich zu sein. Nun schlägt Felber ein absurdes System der Nutzwertmessung vor. Zusammen mit «Attac-UnternehmerInnen» und «fünfzig PionierInnen» erarbeitete Felber eine «Gemeinwohl-Bilanz». Nach einigen Überarbeitungen fasst diese achtzehn Indikatoren zusammen, die Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit sowie Demokratie, Mitbestimmung und Transparenz in Bezug auf die unterschiedlichen «Berührungsgruppen» eines Unternehmens ausdrücken sollen. Konkrete gewerkschaftliche Forderungen verschwimmen in allgemeinen, nicht weiter konkretisierten Postulaten wie «gerechte Verteilung des Einkommens» und «gerechte Verteilung des Arbeitsvolumens». Es geht ihm mit seinen Vorschlägen nicht darum, die Lohnabhängigen zu mo-

bilisieren. Ganz im Gegenteil, er will die Interessen aller «Berührungsgruppen» respektive der «Stakeholder» eines Unternehmens miteinander in dieser «Gemeinwohl-Bilanz» versöhnen. Seine prinzipielle Negierung gesellschaftlicher Klassen findet also einen konkreten Ausdruck. Das geht so weit, dass er der «Berührungsgruppe» «MitarbeiterInnen» gleich auch die «EigentümerInnen» hinzufügt (S. 39–43).

Generell scheint Felber davon auszugehen, dass es für die Durchsetzung sozialer und ökologischer Reformen keiner gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bedarf. Die Gemeinwohl-Wirtschaft entwickelt sich gewissermaßen als Dialogprozess zwischen Unternehmen und anderen Berührungsgruppen neben der herkömmlichen Wirtschaft. Ein Unternehmen könne maximal 1000 Gemeinwohl-Punkte erreichen. Die Einstufung der Unternehmen werde öffentlich gemacht, die Konsumenten könnten dann die guten Unternehmen mit ihrer Kaufentscheidung belohnen und die schlechten mit Nichtbeachtung strafen. «Je mehr Gemeinwohl-Punkte ein Unternehmen erzielt, desto mehr rechtliche Vorteile soll es genießen» (S. 46). Je mehr ein Unternehmen den Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie entspreche, desto mehr werde es mit einem niedrigeren Mehrwertsteuersatz, niedrigeren Zolltarifen, günstigeren Krediten, öffentlichen Aufträgen, Forschungsaufträgen und direkten Förderungen begünstigt. Wie dieser Segen für die guten Unternehmen finanziert werden soll, bleibt unklar.

Eine «Gemeinwohl-AuditorIn» überprüft schließlich die von den Unternehmen selbst erstellte «Gemeinwohl-Bilanz». Der Staat übernimmt keine Kontrollfunktion. Gewinnsteuern würden gar abgeschafft, weil der Staat kein Interesse an hohen Gewinnen haben darf (S. 59). Felber stellt die Aneignung der von Lohnabhängigen geleisteten Mehrarbeit nicht in Frage. Die Gemeinwohl-Ökonomie Sorge allerdings für eine sinnvolle Verwendung der Gewinne (S. 50–59). Die Gemeinwohl-Bilanz lenke das unternehmerische Erfolgsstreben um. Die Gemeinwohl-Maßnahmen ließen die Konkurrenz und das Streben nach Finanzgewinnen ersticken und den Wachstumszwang erlöschen. Dank dieser «Umprogrammierung» könnten «die Unternehmen endlich gelassen und angstfrei die für sie sinnvolle und «optimale» Größe ermitteln und anstreben. Die kapitalistische Systemdynamik erlischt.» (S. 60.) So einfach geht das. Mit der Durchsetzung von achtzehn «Gemeinwohl-Indikatoren» werde der kapitalistische Akkumulationszwang sozusagen ausgetrocknet. Die Gemeinwohl-Bilanz fasst das neue Ziel der Unternehmen – das Gemeinwohl – zusammen. «Die bisherige Hauptbilanz, die Finanzbilanz, wird zur Neben- und Mittelsbilanz. Sie bildet nur noch ab, wie das Unternehmen seine Kosten, Investitionen und Vorsorgen deckt, aber nicht mehr den unternehmerischen Erfolg.» (S. 39.)

Dieses Modell ist krude, inkonsistent und widersprüchlich. Die Messung des Gemeinwohls mit einer Punkteskala setzt voraus, dass Nutzenkategorien klar unterschieden und in Intervallen gegliedert werden können. Wie können wir Solidarität, Teilen, Empathie oder Demokratie und Biodiversität messen und gegeneinander gewichten? Felber versucht hier einen ähnlichen Schritt, wie die neoklassisch orientierte Umweltökonomie, die der Umwelt und der Umweltzerstörung einen Preis beimessen will, was allerdings nur möglich ist, wenn die Natur in messbare und handelbare Einheiten zergliedert werden kann. Letztlich standen schon die Begründer der Neoklassik mit ihrem subjektiven Nutzenkonzept vor demselben Problem. Bereits Vilfredo Pareto erkannte 1894, dass man

Nutzen auf einer kardinalen Skala nicht messen und interpersonell vergleichen kann (Screpanti und Zamagni 2005: 226).

Doch Felber behauptet allen Ernstes, die Gemeinwohl-Bilanz werde die Finanzbilanz zur reinen Mittelflussrechnung degradieren. Ja, damit werde sogar der Kapitalismus überwunden. Denn der Unterschied zwischen Gemeinwohl-Ökonomie und Kapitalismus sei, dass der Finanzgewinn nicht länger der Zweck des unternehmerischen Strebens sei, sondern zum Mittel für den eigentlichen Zweck werde, nämlich einen größtmöglichen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. «Das deckt sich vielleicht heute schon mit dem Selbstverständnis zahlreicher UnternehmerInnen – allein die rechtliche Wirtschaftsordnung unterstützt nicht diese Weltanschauung, sondern Profitmaximierung, grenzenloses Wachstum und gegenseitiges Fressen» (S.15). Das ist sowohl theoretisch als auch unmittelbar methodisch kompletter Unfug. Wenn ein gutes Gemeinwohl-Unternehmen mit einer hohen Punktzahl mehr Waren verkauft und dazu noch niedrigere Mehrwertsteuern bezahlen muss, drückt sich das selbstverständlich in der Finanzbilanz aus. Das Gemeinwohl muss sich also für das Unternehmen rechnen und zwar in Geld. Und schon sind wir wieder bei der Finanzbilanz.

Selbstverständlich brauche auch eine Gemeinwohl-Ökonomie eine demokratische Legitimation. Nachdem der Zug einmal ins Rollen geraten sei, viele Unternehmen sich auf das Gemeinwohl hin orientierten und die Kriterien erprobt seien, könne die «Wahl eines Wirtschaftskonvents» erfolgen, der schließlich ein Gesetz formulieren solle. Dieses sei einer Volksabstimmung vorzulegen und bei Annahme in der Verfassung zu verankern. «Die Grundidee: Eine demokratische Gesellschaft muss in der Lage sein, die zehn bis zwanzig zentralen Erwartungen an Unternehmen zu formulieren und einzufordern...» (S.44).

3. Es soll möglichst viele Eigentümer von Gemeinwohl-Unternehmen geben

Schließlich erkennt auch Felber, dass die schönsten Regeln nichts helfen, wenn sie den bestehenden Machtverhältnissen entgegenstehen, und diese haben wiederum etwas mit der Eigentumskonzentration zu tun (S.82). Felber löst auch dieses Konfliktfeld mit einem Versöhnungsangebot an die Vermögenden und Kapitaleigner. Die Einkommensungleichheit, die Aneignung von Privatvermögen, die Größe von Unternehmensvermögen in Privatbesitz und das Erbrecht sollen begrenzt werden. Felber schlägt in all diesen Feldern konkrete Verhältnisse vor. Doch das Eigentum an Produktionsmitteln stellt er in keiner Weise in Frage, auch nicht bei gesellschaftlich wichtigen Großkonzernen, nicht einmal im Finanzsektor. Die Richtung ist eine ganz andere: «Langfristiges Ziel der Gemeinwohl-Ökonomie ist, dass möglichst viele Menschen zu MiteigentümerInnen an den Unternehmen werden und diese in gemeinsamer Verantwortung steuern, inklusive des gemeinsamen Tragens des Verlustrisikos.» (S:89) Felbers Vorschläge für Gemeinwohl-Banken zielen in dieselbe Richtung.

Felber tritt mit seinen Vorschlägen also weit hinter das zurück, was Gruppierungen wie Attac seit einigen Jahren vorschlagen. Er will Attac und nach gesellschaftlichen Alternativen suchende Menschen mit einem von ihm identifizierten Unternehmertum, das sich scheinbar auf das Gemeinwohl orientiert, in einem gemeinsamen Projekt zusammenbringen. Wie mit seinen Aussagen über mehr Markttransparenz zeigt Felber in der Ei-

gentumsfrage, dass er ein liberaler Kleinbürger ist, der sich nach mehr Harmonie in der so konfliktreichen Gesellschaft sehnt.

4. Gute Unternehmen sind eine Kraft der gesellschaftlichen Veränderung

Felber erklärt auf Dutzenden von Seiten, wie Unternehmen «umprogrammiert» werden könnten. Sie sind also die Subjekte der Veränderung. Letztlich sei das einfach. Es gehe darum, einige zentrale gesetzliche Rahmenbedingungen zu verändern. Der neu zu formierende Wirtschaftskonvent werde entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen formulieren und damit den Rahmen schaffen, dass sich Unternehmen nicht mehr an der Maximierung des Profits, sondern am Gemeinwohl orientierten. Christian Felber ist mittlerweile selber ein erfolgreicher Kleinunternehmer und begnadeter Marketingfachmann in eigener Sache geworden.

Sind nicht gerade die Arbeitsbedingungen in vielen Kleinunternehmen am prekärsten? Versuchen nicht gerade zahlreiche Kleinunternehmen, minimale Umweltstandards zu unterlaufen? Finden wir nicht gerade bei dieser Gruppe von Unternehmen auf dem Bau, im Gastgewerbe, in der Landwirtschaft und in anderen Kleingewerben autoritäre Strukturen? Werden nicht gerade in diesen Unternehmen MigrantInnen ohne Rechte zu niedrigsten Löhnen und ohne sozialen Schutz angestellt?

Angesichts der Orientierung auf Kleinunternehmen ist es nicht erstaunlich, dass für Felber die Lohnabhängigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, keine wesentlichen Subjekte sind. Die Selbstorganisation der Lohnabhängigen scheint ihm komplett fremd zu sein. Wenn er Ansätze von Organisation der Zivilgesellschaft nennt, dann nur im engen Zusammenhang mit der propagierten Perspektive der Gemeinwohlökonomie und der Umpolung der Unternehmen, keineswegs im Sinne autonomer Menschen, die Widerstand leisten gegen Privatisierungen, mit Arbeitskämpfen und Streiks für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne eintreten, sich gegen zu hohe Mieten zur Wehr setzen, sich im Stadtteil organisieren um die Gestaltung der Stadt selbst zu übernehmen, sich irgendwo Freiräume erkämpfen wollen.

Felber geht davon aus, dass die «umprogrammierten» Unternehmen harmonisch für das Gemeinwohl produzieren. Doch was ist der Kern dieser Produktion? Die privaten Kapitaleigner setzen weiterhin das Kapital ein, die Lohnabhängigen verkaufen weiterhin ihre Arbeitskraft. Die gemeinwohlorientierten Unternehmen eignen sich weiterhin die Mehrarbeit der Lohnabhängigen an. Die «kooperative Marktwirtschaft» der Gemeinwohl-Ökonomie ist das Phantom eines harmonischen Kapitalismus. Es gibt keine einzige historische Erfahrung, die darauf hindeutet, dass das eine glaubwürdige Perspektive ist. Felber nennt im Buch einige Beispiele von Genossenschaften wie Mondragón, einige Einzelunternehmen im Alternativ- und Luxussegment und sogar den «alternativen» Mikrokreditkonzern Oikokredit, dessen Praxis zur finanziellen Knechtung Abertausender von Menschen führt (Klas 2011).

5. Den Staat umprogrammieren

Felber geht davon aus, dass man den Staat, ebenso wie die Unternehmen, ganz einfach «umprogrammieren» könne, hin zu einem Staat, der sich auf das Gemeinwohl orientiere. Zentraler Bestandteil der Umpolung ist das Erziehungs- und Bildungswesen. Auf

mehreren Seiten (S.114ff.) breitet er ein befremdliches Erziehungsprogramm aus, das Kindern bereits früh, aber auch Jugendlichen und Erwachsenen, die richtigen Werte mit einer Wertekunde, einer Kommunikationskunde, einer Demokratiekunde, einer Natur- und Wildniskunde und Körpersensibilisierung eintrichtert. Emanzipation durch Selbsttätigkeit sieht anders aus.

Wenn die Regierenden nur dem richtigen «Leitstern» folgen und die richtigen Wertvorstellungen vorantreiben würden, könnte die Marktwirtschaft von falschen Werten befreit und zu einer transparenten und kooperativen Marktwirtschaft umgepolt werden, lautet seine These. Volksabstimmungen, Gesetzesänderungen und die Einsetzung eines Konvents zur Regulierung des Wirtschaftslebens könnten die Wende einleiten und verstetigen. Felber interpretiert die vermehrte Durchführung von Volksabstimmungen als Ausdehnung der Demokratie und verweist hierbei auf die Schweiz, zweifellos ein Modell der liberalen Marktwirtschaft. Die in vielen Ländern beobachtbare Tendenz zur Stärkung und Verselbständigung der Exekutive in den Staatsapparaten und den generellen Rückgang demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten erkennt Felber nicht. Wie mit seinen Aussagen zu wirtschaftlichen Sachverhalten schwebt Felber da, wo er Fragen des Staates anschneidet, im ahistorischen Raum. Der Staat und die Regierung folgten einem falschen «Leitstern». Bringe man sie in Abstimmungen dazu, sich vom richtigen Leitstern führen zu lassen, sei ein wichtiger Schritt der Umpolung bereits getan. Felber bringt nicht das geringste Verständnis für historisch gewachsene und immer umkämpfte Strukturen auf. Er stellt den Staat als eine der Wirtschaft gewissermaßen äußerliche Regulierungsinstanz dar. Damit liegt er sehr nahe beim neoklassischen Mainstream.

Demgegenüber ist zu betonen, dass mit der modernen kapitalistischen Produktionsweise auch der moderne Staat entstanden ist. Die eine ist ohne den anderen nicht denkbar, weder historisch noch in der Gegenwart. Ohne den Staat könnten die herrschenden Klassen nicht herrschen. Zugleich stellt der Staat eine Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse dar. Das zeigt sich in der Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte. Der neoliberale Staat diene dazu, die Klassenherrschaft des Bürgertums wieder uneingeschränkt durchzusetzen (Harvey 2007). Die gegenwärtige Konfiguration des Kapitalismus ist also gerade ein Ausdruck und Ergebnis staatlichen Handelns. Die Liberalisierungspolitik entspricht einer anderen Form der Regulierung. Ohne Staat hätte sich das Finanzkapital nicht durchsetzen können, ohne Staat wären in den letzten Jahren die Rentiers nicht gerettet worden. Es gibt einen regelrechten Staats-Finanz-Komplex (Altvater 2010; Zeller 2011). Eine alternative Strategie muss sich damit auseinandersetzen.

Eine weitreichende Umprogrammierung des Staates wäre nur auf der Grundlage sehr radikaler und umfassender Auseinandersetzungen denkbar. Doch nicht einmal das würde ausreichen, um wirkliche gesellschaftliche Alternativen jenseits der Kapitalherrschaft durchzusetzen. Die Umprogrammierung der Software (staatliche Regelungen) ginge so weit, dass für die Software auch ein neuer Computer (anderer Staat) benötigt würde. Es ist naheliegend, dass hierfür eine gesellschaftliche Gegenmacht von unten aufzubauen ist, die so stark ist, dass auch scheinbar auf Gemeinwohl orientierte Unternehmen ihre Freude daran verlören.

6. Vertrauen in die EU gewinnen

Felber vermittelt den Eindruck, dass mit einer intelligenten Steuerung durch Zölle ein Gemeinwohl-Prozess im nationalstaatlichen Rahmen durchgesetzt werden könne. Er benennt zwar die wichtige Rolle der EU (S. 187), die aufgrund ihrer Größe und Macht problemlos gemeinwohlorientierte Regeln aufstellen und weltweit durchsetzen könne, oder zumindest mit einer Gruppe von gemeinwohllwilligen Staaten den Prozess anschieben könne. Auch gegenüber der EU argumentiert Felber ähnlich wie gegenüber den Unternehmen und dem Staat. Es geht nicht darum, dass die Lohnabhängigen lernen und Ideen entwickeln, um Vertrauen in die eigene Kraft gegenüber einer autoritären EU zu entwickeln. Vielmehr sollen die Menschen mit der EU zusammengebracht werden: «Damit die Menschen Vertrauen in die EU fassen und sich mit dieser identifizieren können, müssen sie am Bau des ‹Hauses Europa› beteiligt werden.» (S. 132.)

In seinem Buch *Retten wir den Euro* erläutert Felber seine Positionen zu Europa deutlicher (Felber 2012b). Er argumentiert gegen die Forderung nach einer Streichung der Schulden, weil sie die Staaten und Banken in die Insolvenz führe (S. 47). Die Schulden sollen über EU-weite Finanztransaktions-, Vermögens-, Kapitalertrags- und Gewinnsteuern getilgt werden (S. 56ff). Auch in diesem Buch entwickelt Felber keine Vorschläge, die von sozialen Bewegungen vor Ort aufgegriffen und allenfalls in einer antikapitalistischen Dynamik weiterentwickelt werden könnten. Es geht ihm darum, die bestehenden Institutionen zu stärken und zu demokratisieren. Obwohl er einige Konstruktionsfehler des Euro erwähnt, interpretiert er die Einführung des Euro wiederum außerhalb der ökonomischen Widersprüche und gesellschaftlichen Kämpfe. Der Euro sei letztlich zu retten und mit einer globalen Währungs Kooperation, wie sie bereits Keynes vorgeschlagen hat, und mit regionalen Währungen zu ergänzen. Seine finanzpolitischen Forderungen sind eine krude Mischung. Die Forderung nach öffentlicher Kontrolle und Vergesellschaftung der Banken vermeidet er tunlichst. Dafür verlangt er die Förderung gemeinwohlorientierter Banken und schlägt radikal die Abschaffung der Börsen vor (S. 108ff).

Felber äußert sich nur am Rande zu den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Europa. Er meint also, eine zutiefst autoritäre Organisation wie die EU, eine Organisation, die den neoliberalen Umbau der Gesellschaft durch und durch verkörpert, könne ebenfalls «umprogrammiert» werden.

7. Gemeinwohl-Ökonomie in einem Land

Felber suggeriert, ein Gemeinwohlprozess könne in Österreich einfach loslegen und zwar unabhängig von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Europa. Der Prozess in Richtung Gemeinwohl-Ökonomie könne durch die Überzeugung von kleinen Unternehmen in Österreich vorankommen. An einigen Stellen des Buches äußert er sich zwar zu großen Konzernen, jedoch zumeist im Zusammenhang mit Fragen des Aktienkapitals und der Gewinnverteilung. Er ignoriert die Herausforderung der vorangeschrittenen, weltweiten Arbeitsteilung und der eng verflochtenen Produktions- und Innovationssysteme.

Die Weltwirtschaft ist mittlerweile eine Gesamtheit, eine Totalität, mit globaler Wirkungsmächtigkeit und zahlreichen Differenzierungen in den Ländern, Regionen und

einzelnen Wirtschaftssektoren. Nationale Alleingänge sind nicht mehr möglich, wenn sie das überhaupt je waren. Darum müssen wir auch darüber nachdenken, wie gesellschaftliche Kämpfe – im Betrieb, im Stadtteil oder gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen – die zumeist lokale und regionale Ursprünge haben, sich internationalisieren. Die Lohnabhängigen, die Marginalisierten, die Jugend in Griechenland, Spanien und Portugal werden keine alternative Perspektive durchsetzen können, wenn nicht ähnliche Kämpfe in den reichen Ländern Europas die gegenwärtige Politik herausfordern und höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und eine gesellschaftliche Wiederaneignung privatisierter Unternehmen durchsetzen. Wichtige Streiks in China mit mehreren hunderttausend Teilnehmenden werden unsere Realität in Österreich oder Deutschland wirksamer verändern, als tausend Diskussionen über spitzfindige Details einer Gemeinwohlökonomie.

8. Gesellschaftliche Auseinandersetzungen

Die kapitalistische Produktionsweise ist nicht ein Ergebnis falscher, schlechter oder moralisch verwerflicher Ideen oder Vorstellungen. Sie ist im Zuge einer Vielzahl von sozialen Kämpfen, von Kriegen, Aufständen und ihrer Niederschlagung entstanden. Diese Produktionsweise wird auch nicht «umprogrammiert», indem wir den moralisch richtigen Ideen zum Durchbruch verhelfen. Sie wird vielleicht – das wissen wir nicht – im Rahmen und durch eine Vielzahl von sozialen Kämpfen zurückgedrängt und – vielleicht – durch neue Formen der gesellschaftlichen Produktion ersetzt werden. Gerade weil es Kämpfe und Auseinandersetzungen sind, ist ihr Ergebnis offen. Entscheidend ist es zu überlegen, wie wir theoretisch und praktisch dazu beitragen können, die Kräfteverhältnisse bei diesen Auseinandersetzungen zugunsten der Ausgebeuteten, Unterdrückten, Entfremdeten zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund mutet es grotesk an, wenn 250 Jahre nach Adam Smith mit seinen «falschen Ideen» ein Christian Felber mit seinen «richtigen Ideen» und einem religiös anmutenden Sendungsbewusstsein durchs Land zieht und meint, er könne mit seinen moralisch überlegenen «Werten» die Gemeinwohl-Ökonomie herbeireden und herbeinezwerken, ohne die Gründe zu hinterfragen, warum Unternehmen hungrig auf die Aneignung von Mehrwert sind, gezwungen sind Profite zu erzielen, möglichst profitabler als ihre Konkurrenten wirtschaften wollen und schließlich zur Kapitalakkumulation gezwungen sind. Seine Gemeinwohl-Ökonomie will Felber als «eine Form der Marktwirtschaft» sehen, «allerdings keine kapitalistische wie die jetzige, sondern eine «kooperative Marktwirtschaft»» (S.185).

Felber formuliert zwar zahlreiche konkrete Vorschläge, die durchaus sinnvoll sind. Die alte Forderung von Attac nach einer Transaktionssteuer ist sinnvoll, obgleich sie nicht viel verändert. Die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung birgt ein großes Veränderungspotenzial. Doch es ist keine Frage des Modells, sondern ob Lohnabhängige und ihre Gewerkschaften willens und in der Lage sind, eine derartige Perspektive durchzusetzen. Die Unternehmen, die Felber gerne für seine Gemeinwohlorientierung gewinnen möchte, hätten kaum Freude an der Perspektive einer 35- oder 32-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich oder an der Forderung nach mehr Zeitsouveränität für die Lohnabhängigen. Genau darum streift Felber diese Forderung auch

nur unverbindlich. Einzelne durchaus sinnvolle Vorschläge der Gemeinwohl-Ökonomie erscheinen in einem idealisierten und letztlich absurden Begründungs- und Gesamtzusammenhang. Felber benennt keine politischen Debatten, keine Prozesse, keine Kämpfe, keine Widersprüche. Er formuliert vielmehr ein mit Detailbesessenheit ausgearbeitetes Modell, das zugleich Gegenstand der Vermarktungsstrategie für das Buch ist. Es ist ein Rezeptbuch für den Aufbau eines Gemeinwohl-Ökonomie-Netzwerks.

Letztlich entspricht die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie letztlich der Vorstellung eines neuen Sozialvertrags. Die wohlmeinenden Unternehmen könnten zusammen mit ihren Beschäftigten eine Dynamik auslösen, der sich auch die Großunternehmen nicht mehr entziehen könnten.

Das alles ergibt keine nachhaltige und solidarische gesellschaftliche Perspektive. Noch relevanter ist allerdings, dass Felbers Vorschläge in keiner Weise dazu beitragen, dass sich Lohnabhängige selbst ermächtigen, selbst eingreifen und womöglich in Widerspruch zu wohlmeinenden und weniger wohlmeinenden Unternehmensleitungen geraten. Felbers Gemeinwohl-Ökonomie unterbreitet zu keiner der wesentlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen – Austeritätspolitik, öffentliche Verschuldung, Unternehmensrestrukturierungen, Mietpreise, Sozial- und Altersversicherungen, Recht auf Stadt – einen substantziellen Vorschlag. Er macht bewusst einen Bogen um diese Probleme und entwirft sozusagen daneben seine eigene Spielwiese. Das darf er. Für Attac und ähnliche Organisationen wäre es aber verhängnisvoll, sich diesen Herausforderungen nicht zu stellen.

Warum findet so etwas wie die Gemeinwohl-Ökonomie gerade heute Zuspruch? Seit der Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse sind immer wieder Alternativmodelle diskutiert worden. Die Vorstellungen der Frühsozialisten, die Genossenschaften in den 1920er Jahren, die Alternativbewegung in den 1970er Jahren sind Beispiele. Stellten die mit der alten Arbeiterbewegung verbundenen Genossenschaften noch unmittelbare Formen der wirtschaftlichen Selbstverteidigung dar, so machten die Ansätze der späteren Alternativbewegungen einen Bogen um die Angelpunkte der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. Die Frage wer, was, unter welchen Bedingungen, für wen, wohin und vor allem für welchen Zweck in den zentralen Bereichen der Gesellschaft produziert, wurde jeweils kaum aufgeworfen. Die Alternativbewegungen vermieden diese Fragen, indem sie neue Formen des Wirtschaftens ausprobierten, also selbst unternehmerisch tätig wurden. Die Gemeinwohlökonomie ist eine neue Variante derartiger Bestrebungen. Im Unterschied zu den Alternativunternehmen der 70er und 80er Jahren verzichtet jedoch die Gemeinwohl-Ökonomie von Anfang auf jede widerständige Rhetorik und die grundlegende Infragestellung der bestehenden Machtverhältnisse.

Die Debatten über die Gemeinwohl-Ökonomie, das Regionalgeld oder auch die Postwachstums-Ökonomie sind auch Ausdruck der umfassenden Krise der alten Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften werden von vielen Menschen zu Recht als Teil der gegenwärtigen Wirtschafts- und Herrschaftsordnung gesehen. Wann formulierten die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten innovative Vorschläge, die über Fragen der Löhne und des Arbeitsplatzes hinausgingen und eine gerechtere und naturverträglichere Organisation der Gesellschaft überhaupt anstrebten? Vielleicht die einzige Ausnahme in Deutschland war die breit und umfassend geführte Kampagne für die 35-Stunden-Woche im Jahr 1984. Das war der letzte wirklich erfolgreiche und offensiv geführte Arbeits-

kampf, der viele Menschen einbezogen hat. Eine neue, politisch breit und gesellschaftlich umfassend agierende Bewegung der Lohnabhängigen könnte wieder ein attraktiver Pol werden, der kritische und widerständige Menschen anzieht, sich über Widerstandsformen und Utopien auszutauschen (siehe hierzu den Beitrag von Sam Gindin in diesem Heft). Leider sind gerade in den deutschsprachigen Ländern die Gewerkschaften so weit davon entfernt, dass es schwer fällt, Pfade zu finden und Brücken zu schlagen.

Alternativkonzepte auszuarbeiten ist sinnvoll, doch sie müssen fundiert sein und in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ihre Nützlichkeit erweisen. Es geht also darum, dass gesellschaftliche Akteure, die sich mit den Zuständen nicht mehr abfinden wollen, die zu kämpfen und ihre Ideen zu entwickeln beginnen, ihre Erfahrungen austauschen und voneinander lernen. In einem solchen Prozess können kritische Intellektuelle sich nützlich einbringen, sie können diese Kämpfe aber nie ersetzen und sollen auch nicht versuchen, sich instrumentell an die Spitze dieser Bewegungen zu setzen.

9. Übergang wohin? Gesellschaftliche Aneignung

Die gegenwärtige Situation in Europa, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die brutale Austeritätspolitik in einigen Ländern, die anrollenden Restrukturierungswellen in vielen Industrien, die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten in Südeuropa, die globalen Ungleichgewichte verlangen erstens nach einer kohärenten Analyse und zweitens nach radikalen Antworten, die die Zwänge der Konkurrenz und des Profits hinter sich lassen. Doch jede gesellschaftliche Perspektive, die über die Herrschaft des Kapitals hinausweist, muss an den gegenwärtigen Widersprüchen, Auseinandersetzungen, Konflikten und Sehnsüchten ansetzen, also Vorschläge entwickeln, die dem Bewusstseinsstand der Menschen, die sich in Bewegung setzen, entsprechen und dennoch potentiell weiter darüber hinaus führen können. Im Rahmen der Debatten über gesellschaftliche und demokratische Aneignung werden Herausforderungen und Probleme erörtert, die in diese Richtung zielen (Zeller 2010).

Viele Auseinandersetzungen entzündeten sich am Arbeitsort und Wohnort. Wie organisieren wir unsere Städte? Wie setzen wir das Recht durch, die Städte lebenswert zu gestalten? Unternehmen spalten mit ihren Restrukturierungen die Belegschaften, verdichten die Arbeitszeiten und erzielen Produktivitätssteigerungen, die weit über den stagnierenden Löhnen liegen. Das wirft nicht nur die Frage nach der Organisation der Arbeitsplätze, sondern auch nach der Organisation des Verkehrs und der Stadt auf. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die wirtschaftlichen Ungleichheiten in Europa zeigen, wie dringend es ist, eine europäische Perspektive zu entwickeln und offensiv zu prüfen, welche Schulden überhaupt legitim sind (Zeller 2012). Es geht darum, die Kräfteverhältnisse in den konkreten Auseinandersetzungen zu verschieben. Der Spruch der Blockupy-Demonstration am 1. Juni in Frankfurt: «Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie – wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus», bringt die gegenwärtigen Widerspruchslinien ziemlich gut auf den Punkt.

Literatur

Altwater, Elmar (2010): Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen von Politik und Natur. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 262 S.

- Beckert, Jens (2002): Vertrauen und die performative Konstruktion von Märkten, *Zeitschrift für Soziologie* 31 (1): 27–43.
- Felber, Christian (2012a): *Die Gemeinwohl-Ökonomie*. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage. Wien: Deuticke, 192 S.
- Felber, Christian (2012b): *Retten wir den Euro!* Wien: Deuticke, 160 S.
- Fligstein, Neil und Dauter, Luke (2007): The sociology of markets. In: *Annual Review of Sociology* 33 (1): 105–128.
- Granovetter, Mark (1985): Economic action and social structure. In: *American Journal of Sociology* 91 (3): 481–510.
- Harvey, David (2007): *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Zürich: Rotpunkt, 279 S.
- Harvey, David (2010): *The enigma of capital and the crises of capitalism*. London: Profile Books.
- Klas, Gerhard (2011): *Die Mikrofinanz-Industrie: Die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut*. Hamburg: Assoziation A, 320 S.
- Screpanti, Ernesto, Stefano Zamagni (2005): *An outline of the history of economic thought*. 2. ed. Oxford: Oxford University Press, 560 S.
- Zeller, Christian (2010): Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Aneignung. Demokratisierung durch gesellschaftliches Eigentum und partizipative Planung. In: *SoZ+*. Theorie und Praxis sozialer Emanzipation 2: 12–25.
- Zeller, Christian (2011): Verschiebungen der Krise im globalen Rentierregime. Ungleichgewichte und die Suche nach neuen Feldern. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 55 (1/2): 65–83.
- Zeller, Christian (2012): Streichung der illegitimen Schulden statt Rettungsschirme für die Rentiers. In: *Emanzipation* 2 (1): 7–33.